

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeiger für das Erzgebirge die Postzahlungen ab. — Erscheint wochentlich. — Preis 10 Pf. —

Druck- und Verlagsanstalt des Auer-Tageblatts, Leipzig, Postfach 100. —

Programm: Lokal- und Provinzial-Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 199

Nr. 31

Freitag, den 6. Februar 1925

20. Jahrgang

### Der Reichsfinanzminister über den Finanzausgleich

Berlin, 4. Februar. Im Reichsfinanzministerium wurde heute vormittag unter Vorsitz des Reichsfinanzministers eine Konferenz der Finanzminister der Länder abgehalten. Nach einigen persönlichen Bemerkungen stellte der Reichsfinanzminister den Zweck seiner Einladung wie folgt dar:

Es wäre Uebereinstimmung zu erzielen über den künftigen Finanzausgleich und damit über die Grundlagen, auf denen Reich, Land und Gemeinden ihre Finanzwirtschaft nicht im nächsten Haushaltsjahre, sondern auf lange Zeit hinaus bauen können. Mit einer vorübergehenden Lösung der Frage des Finanzausgleiches sei heute niemand befaßt. Die vorläufige Haushaltsaufstellung bildet die einzige Schätzungsgrundlage, aus der die Inflationverhältnisse heraus den Finanzausgleich abgibt zu regeln, das ginge schon aus der Novelle vom 1. April 1924 hervor. Es ist die höchste Pflicht, das über den künftigen Finanzausgleich der Länder zu entscheiden, die bei dem gebotenen Steuerertrag die Erwartungen zurücklassen, die bei dem gebotenen Steuerertrag zu erwarten sind. Wenn daher die gegenwärtige Wirtschaftslage die Grundlage für die künftige Finanzwirtschaft bilden soll, so ist es notwendig, die Steuererträge noch hinter die Erwartungen zurücklassen, die bei dem gebotenen Steuerertrag zu erwarten sind. Wenn daher die gegenwärtige Wirtschaftslage die Grundlage für die künftige Finanzwirtschaft bilden soll, so ist es notwendig, die Steuererträge noch hinter die Erwartungen zurücklassen, die bei dem gebotenen Steuerertrag zu erwarten sind.

benen auseinander gehalten würden, die sich auf das Maß und die Form der Beteiligung an den Reichsteuern, insbesondere auf die Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer beziehen.

#### Die Länder fordern die Steuerhoheit.

Berlin, 4. Februar. In der heutigen Finanzministerkonferenz wurde nach der Rede des Reichsfinanzministers von Schlesien seitens der Finanzminister der Länder folgende Entschliessung der Länder bekanntgegeben:

1. Der bisherige Finanzausgleich ist, wie aus den Ausführungen des Herrn Reichsministers der Finanzen im Haushaltsausgleich des Reichstages selbst sich ergibt, einseitig zu Gunsten des Reiches und zum Nachteil der Länder und Gemeinden ausgefallen. Die in dem Referentenentwurf des Reichsministers vorgesehene Neuregelung bringt eine weitere untragbare finanzielle Verschlechterung für Länder und Gemeinden und trägt dem anerkannten Grundsatz der Trennung der Steuerquellen in keiner Weise Rechnung. Die Länder sind übereinstimmend Auffassung, daß ein endgültiger Finanzausgleich grundsätzlich nur dann möglich ist, wenn ihnen die Reichseinkommensteuer und die Körperschaftsteuer mit Einschluß der Steuer vom Kapitalertrag nach Maßgabe eines Reichsrahmengesetzes voll zurückgegeben wird. Die endgültige Regelung des Finanzausgleiches soll zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, wenn irgend angeht, mit Wirkung vom 1. April 1926 ab erfolgen. Die endgültige Entscheidung über die Rückgabe der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer an die Länder und Gemeinden bleibt vorbehalten. Die Mehrzahl der Länder fordert diese Rückgabe. Solange das Reich diese Steuern verhält, erhält es eine Verwaltungskostenentschädigung von 4 Prozent des Aufkommens. Die Regelung der Aufwertung und der Ausgaben zum Ausgleich der Geldentwertung vom Reich und unbedeutenden Grundbesitz muß vor dem endgültigen Finanzausgleich und mit Rücksicht auf diesen stattfinden.

### Die Korrespondenzfabrik.

Wie die monarchistische Bewegung „gemacht“ wird. Als in Erkenntnis der ungeheuren Gefahr für Politik und Wirtschaft von der linken Seite, aber die weit in die Kreise der Mittelparteien hinein zur Gegenoffensive gegen das Ueberwuchern der Schwerindustriellen gewandt wurde, da stellten sich die Vertreter der Schwerindustrie harmlos und bescheiden und meinten: das alles sei ja nicht wahr oder doch weit übertrieben. Stinnes habe wohl zwei, drei Blätter gekauft, Jugenberg möge wohl auch ein paar Preßorgane zur Verfügung stehen, aber inmitten der Tausende von unabhängigen deutschen Blättern könne von einer Gefährdung der öffentlichen Meinung durch die Interessenvertreter der Schwerindustrie nicht die Rede sein.

Wie groß die Gefahr in Wirklichkeit ist, darüber gibt ein ausgezeichnetes Aufschluß in dem neuesten Heft der Zeitschrift „Die Hilfe“ Aufschluß. Ein Sachverstand beschreibt da, wie die monarchistische Bewegung gemacht wird, wie durch die ausgeübte Jugenbergische Propaganda die deutschnationale Propaganda auf verschobenen Kanälen in den letzten Marktschritten, in dem es noch ein Wochenblattchen gibt, hingeleitet wird. Der wichtigste Weg dazu geht über die Korrespondenzen, die in unauffälliger, scheinbar neutralen Weise von den kleineren Blättern schwer nachprüfbar Meldungen, und Nachrichten geben und so unmerklich auf den Weg in deutschnationale, monarchistische Sinne einwirken, vor allem aber sorgfältig von ihm fernhalten, was etwa die Privatinteressen der Schwerindustrie beeinträchtigen könnte. Die wichtigste Korrespondenz dieses Art ist die Jugenbergische Telegraphen-Union.

„Die Telegraphen-Union“, heißt es in dem Aufschluß der „Hilfe“, ist heute fast deutschnational eingestellt, das „Rebations-Revirement“, das vor ein paar Monaten stattfand, war der deutsche Beweis für die weitere Verschwendung des Institutes nach rechts. Die Telegraphen-Union gibt aber als „Korrespondenzen-Fabrik“ nicht nur deutschnational gefärbtes Material heraus, sondern sie liefert auch sogenannte „unparteiliche“, „volksparteiliche“, demokratische sein sollende und sogar zentrumsmäßig übertriebene Beiträge an ihre Abnehmer, je nach Wahl und Wunsch. Die Telegraphen-Union bedient rund 1200 deutsche Blätter aller Größen. Was dies bei der tatsächlichen inneren Einstellung des Institutes an Möglichkeiten der Einflugsnahme auf die öffentliche Meinung und die Volksstimmung bedeutet, braucht nicht erst dargestellt zu werden. Es braucht nicht einmal immer direkte Einflugsnahme zu sein, die hier unheilvoll auf Werke ist; es genügt schon (wie Erkelens in seinem Artikel im „Berliner Tageblatt“ es sehr treffend darlegt), daß systematische Unterbreiten bestimmter Nachrichten und Tatsachen, deren Verbreitung den ideenmäßigen Leitern dieses Institutes nicht wünschenswert erscheinen mag, um diejenigen, deren Interessen parteipolitisch mit denen der Drahtzieher der Telegraphen-Union nicht parallel laufen, aufs empfindlichste zu schädigen.

Nicht weniger gefährlich wie die von Jugenberg dirigierte Telegraphen-Union (deren Auslandsdienst im übrigen in der Hauptsache aus Stinneschen Quellen gespeist wird) ist die „Vibro“, die sogenannte „Wirtschafts-Beraterin der Provinzialpresse“, die ihren Sitz im Berliner Scherlhaus hat. Sie ist auf die kleinere Provinzial-Presse berechnet, die sie, wie schon gesagt, mit allem Verstand, dessen sie bedarf, mit Material, Nachrichten-Material, Romanen und allem übrigen. Sie kann das, da sie ja nicht in erster Linie ein Erwerbs-Unternehmen zu sein braucht, zu so billigen Preisen, daß sie die Konkurrenz meist aus dem Felde zu schlagen vermag. Alles an ihr ist auf „indirekte“ Einflugsnahme eingestellt. Sie ist materialmäßig beseitigt nicht etwa deutschnational oder volksparteilich weichen sichtbar gefärbt, sie nennt sich vielmehr „unparteilich“. Ihr Material wird aber aus dem Scherlhaus Fundus extrahiert und ihre Wirkung ist um so bedenklicher, weil das Ausschlaggebende der „Unparteilichkeit“ manche Provinzialblätter anlockt, die bei Kenntnis der Zusammenhänge sicher von einer Verbindung absehen würden. Die „Vibro“ ist, wie schon gesagt, die Provinzial-Vertriebszentrale des Scherlhaus-Verlages.

Neben diesen beiden Hauptfabriken der deutschnationalen Stimmungsmache sorgt aber auch eine Reihe weiterer Korrespondenzen für die Verbreitung des Jugenbergischen Geistes, so der „Deutsche Presseklub“, eine Anzahl sogenannter „Waters-Korrespondenzen“, durch die kleine und kleinste Blätter in der Provinz mit dem besten hergerichteten Zeitungsmaterial versorgt werden. Dazu kommt dann eine Reihe von Obergelehrten und Finanzierungs-Gesellschaften, so die „Gesellschaft für die m. b. H.“, die „Literatur-Gesellschaft“, und die „Watum-Gesellschaft“. In allen diesen Gesellschaften sitzen Generaldirektoren der Schwerindustrie und machen darüber, daß das deutsche Volk zu seinem täglichen Brot allmorgendlich seinen schwarz-weiß-roten Ausstrich empfängt.

#### Verteilungsproblem.

Solange die letzte Steuerreform zur Bedarfsdeckung benötigt wird, ist es gleich, ob das Reich die letzten Steuererlöse selbst erhebt und den Ländern und Gemeinden überweist, oder ob das Reich sie den Ländern zur Ausnutzung in Form von Zuschüssen überläßt. Den Ländern soll aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer und der Vermögensteuer ein Betrag von etwa 1875 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Zu dieser Summe treten etwa 8000 Millionen Mark eigene Steuern der Länder und Gemeinden und etwa 850 Millionen Mark Ueberträge der Betriebsverwaltung. In dem Gesamtbetrag von 3000 Millionen Mark eigenen Steuern der Länder und Gemeinden sind die Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb mit zusammen 888 Millionen Mark eingestuft. Als Gesamtbedeutung wird also ein Betrag von 5527 Millionen Mark errechnet. Diese Gesamtbedeutung übersteigt den auf 5320 Millionen Mark geschätzten Gesamtbedarf der Länder und Gemeinden um 207 Millionen Mark. Eine mindestens ebenso hohe Reserve liegt in den Schätzungen des Bedarfs der Länder und Gemeinden vor.

Die Erhöhung des Zuschußbedarfes gegen 1914 kommt nicht allein in den 45 und 50 Prozent zum Ausdruck, um die der geschätzte Zuschußbedarf den von 1914 übersteigt, sondern auch in dem gegen 1914 verringerten Schuldendienst, soweit er aus den Originalen der Debitverwaltung bestritten wurde. Der Finanzminister ist der Meinung, daß der Zuschußbedarf der Länder mit 145 Prozent des Zuschußbedarfes im Jahre 1914 überschätzt ist. Ebenso ist der Zuschußbedarf der Gemeinden mit 150 Prozent des von 1914 zu hoch angenommen und darf bei einiger Zurückhaltung in den Ausgaben diese Höhe nicht erreichen. Zahlreiche Gemeinden aller Länder entlasten auf dem Gebiete der persönlichen und Besoldungspolitik und der Bauverwaltung einen Aufwand, der mit der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage nicht in Einklang zu bringen ist. Wenn der vorliegende Gesetzentwurf die Verlagerung der Geltungsbauer des Besoldungssteuergesetzes um weitere zwei Jahre vorzieht, so ist dafür gerade der Gesichtspunkt wirklicher Beeinträchtigung der Finanzpolitik der Gemeinden maßgebend. Eine Verteilung scheint in der Weise geboten, daß das Reich an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 83 1/2 Prozent und an der Umsatzsteuer mit 16 1/2 Prozent, die Länder und Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 88 1/2 Prozent, an der Umsatzsteuer mit 80 Prozent beteiligt werden. Die Forderung des Zuschlagsrechts der Länder und Gemeinden zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer entspricht sowohl einem politischen als auch einem finanz- und steuerpolitischen Bedürfnis. Die Zuschläge der Gemeinden werden trotzdem bleiben müssen und von den Reichseinkommensteuern und Körperschaftsteuern kaum abweichen. Zum Schluß seiner Ausführungen spricht der Finanzminister die Hoffnung aus, daß auch bei der weiteren Erörterung des Finanzausgleiches die Fragen des Zuschußbedarfes der Länder und Gemeinden vor-

#### Der Reichsfinanzminister über den Finanzausgleich

berlin, 4. Febr. In der heutigen Besprechung mit den Finanzministern der Länder wurde beschlossen, zur weiteren Beratung des Finanzausgleiches eine Kommission einzusetzen, die aus Beamtragten der im Steuer- ausgleich des Reichstages vertretenen Länder bestehen wird. Diese Kommission wird am Dienstag ihre Beratungen aufnehmen.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß man an die Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht denken könne; er betonte den engen Zusammenhang und die gegenseitige Bedingtheit der Fragen der Aufwertung, der Steuerreform und des Finanzausgleiches. Darauf wurde in eine eingehende Beratung eingetreten.

Berlin, 4. Febr. In der heutigen Besprechung mit den Finanzministern der Länder wurde beschlossen, zur weiteren Beratung des Finanzausgleiches eine Kommission einzusetzen, die aus Beamtragten der im Steuer- ausgleich des Reichstages vertretenen Länder bestehen wird. Diese Kommission wird am Dienstag ihre Beratungen aufnehmen.

### Der Kontrollbericht.

Brüssel, 4. Februar. Im Ministerrat erklärte Gumann, daß die interalliierte Kontrollkommission ihren Bericht in einigen Tagen fertiggestellt haben wird. Das Dokument werde zunächst Marshall hoch als dem Präsidenten der interalliierten Militärkontrollkommission zugehört, der es dann zur Kenntnis der alliierten Regierungen bringen werde, die ihrerseits entscheiden werden, ob eine Veröffentlichung erfolgen soll oder nicht. Ueber diesen Punkt sei bereits ein Verständigen unter den Regierungen im Gange.

Interalliierten Militärkontrollkommission am 14. Februar in Paris überreicht werden wird. General Walsch und der Vorsitzende der englischen Delegation würden selbst das Dokument der Postfachkonferenz überreichen.

Der Kontrollbericht des „Echo de Paris“ will weiter wissen, daß sich die Vertreter der verschiedenen alliierten Nationen vollkommen einig seien. Das Dokument stelle für Deutschland eine „niederschmetternde Belastung“ dar, da die Kommission in dem Bericht feststelle, daß die deutsche Militärbehörde alle Kontrollbefehle sabotiert und verhindert habe, daß die Inspektion der interalliierten Militärkontrollkommission wirklich wirksam hätte werden können.

#### Subendorff parlamentarische?

München, 4. Februar. Hier verlautet auf das bestmögliche, daß Subendorff in absehbarer Zeit sein Reichstagsmandat niederlegen will.